

Landtagswahl: Für Die Linke kandidiert im Wahlkreis Waiblingen ein 17-Jähriger



Von [Peter Schwarz](#) Veröffentlicht: 08.04.2025 13:35

Rems-Murr-Kreis. Erst jüngst bei der Bundestagswahl hat Die Linke im Wahlkreis Waiblingen mit einer ungewöhnlichen Kandidatur verblüfft: Sie schickte [die 28-jährige Kurdin Avra Emin](#) ins Rennen, die einst mit ihren Eltern aus Syrien geflüchtet war. Nun folgt der nächste Personalcoup: Roman Bondarew, 17, will in den Landtag - im November wird er volljährig, rechtzeitig vor der Stimmabgabe im März.

Noch Schüler, aber schon seit drei Jahren bei der Linken

Wer Roman Bondarew am Vormittag telefonisch erreichen will, muss im Kopf haben, wann in der Schule große Pause ist. Denn der Kandidat ist Schüler am Gustav-Stresemann-Gymnasium in Fellbach und wird voraussichtlich 2026 sein Abitur machen. Politisch unbeleckt ist er aber mitnichten: „Mitglied der Linken bin ich, seitdem ich 14 bin, vor allem aus dem Grund, dass ich davon überzeugt bin, dass politisches Engagement wirklich etwas bewegen kann.“ Seit 2024 gehört er auch dem Rems-Murr-Kreisvorstand der Linken an, als Jugendreferent. Es gebe, findet er, „sehr viele Missstände in unserer Welt, und ich denke, dass man in unserer Zeit, da der Einfluss von zum Teil gefährlichen internationalen Kooperationen und Milliarden immer größer wird, als einfacher Bürger nicht einfach nur zusehen darf, sondern sich auch engagieren muss für das Gemeinwohl.“

Die meisten Altersgenossen, „mit denen ich darüber gesprochen habe, finden es gut, dass sich jemand von ihnen so zu engagieren versucht“ – in der Regel sei für viele junge Menschen die Politik ja sonst ein „sehr abstraktes Konstrukt“. Er spüre aber „definitiv“ auch den Rückhalt der Alten in seiner Partei. [Das Waiblinger Polit-Urgestein Reinhard Neudorfer, 77](#), gilt als einer seiner Förderer. „Ich habe“, sagt Bondarew, „bislang immer vollste Unterstützung sowohl vom Kreisvorstand als auch von der Basis bekommen“. Das parteiinterne Versammlungsvotum für ihn als Direktkandidaten fiel gar einstimmig aus.

Wohnen, Bildung, Verkehr: Roman Bondarews Schwerpunkte

In seiner Bewerbungsrede definierte er drei Schwerpunkt-Themen. Stichwort Wohnen: „Viele – auch mit mittlerem Einkommen – wissen nicht, [wie sie sich noch eine Wohnung leisten können](#). Zeitgleich bauen Investoren Prestigeobjekte ohne Nutzen für den Wohnungsmarkt. Deswegen brauchen wir eine gerechte Wohnungspolitik, verbunden mit dem Ausbau von landeseigenen Sozialwohnungen und der Einführung eines Leerstandregisters.“

Stichwort Bildung: „Als Schüler merke ich sehr direkt, wie das Land nicht genug in Schulen und Lehrer investiert. Dabei bin ich als Gymnasiast noch am wenigsten betroffen von diesen Problemen. Ich weiß, dass es an anderen Schulen noch mal deutlich schlimmer ist. Deshalb will ich mich für eine bessere Finanzierung der Schulen und eine Weiterführung des – aktuell eingestellten – Digitalpakts für Schulen einsetzen.“

Stichwort Verkehr: „Unsere Region Stuttgart ist [unglaublich häufig von Problemen im ÖPNV betroffen](#), insbesondere bei der S-Bahn merke ich als Pendler oft selbst, dass hier vieles schief läuft.“ Bondarew fordert „endlich einen ÖPNV zum Nulltarif, damit jeder von A nach B kommen kann“.

Bondarews erste Duftmarke: Streit mit OB Sebastian Wolf

Lokalpolitisches Aufsehen hat Bondarew auch schon erregt, als Mitglied des Waiblinger Jugendgemeinderats. Das von Jugendlichen gewählte Gremium beschloss einstimmig eine Resolution gegen den Nordoststring als Tunnellösung ([von den Befürwortern neuerdings „Grüner Tunnel“ genannt](#)) - diese autobahnähnliche Straße über das Schmidener Feld sei „ökonomisch und ökologisch nicht zukunftsfähig“, es gelte, „zum Wohl der zukünftigen Generationen die Planung unverzüglich einzustellen“. Der Jugendgemeinderat wollte diese Stellungnahme nun im Januar im städtischen Amtsblatt, dem „Stauferkurier“, veröffentlichen, kassierte aber eine Absage. Roman Bondarew äußerte daraufhin den Verdacht, dass Oberbürgermeister Sebastian Wolf - Mitglied der CDU, die traditionell für den Nordoststring ist - die Stimme der Jugend [zum Schweigen bringen](#) wolle.

Wolf hingegen begründete die Nichtveröffentlichung so: Die Kommunalverwaltung unterliege „dem Gebot der Neutralitätspflicht“. Im Stauferkurier dürften laut Redaktionsstatut nur „die Fraktionen beziehungsweise einzelne Stadträte“ ihre „Meinung äußern“; in „besonders gekennzeichneten Bereichen“ und „ausschließlich auf die Lokalpolitik“ bezogen. „Sonstige politische Äußerungen beispielsweise des Oberbürgermeisters oder aber auch unserer verschiedenen bürgerschaftlichen Gremien“ - dazu zählt offenbar der Jugendgemeinderat - „sind nicht vorgesehen.“ Obendrein gelte drei Monate vor der Bundestagswahl eine „Karenzzeit“ mit „noch strengem Maßstab“ für die Neutralitätspflicht: In dieser Phase seien nicht einmal Gemeinderatsmeinungen zugelassen.

Auch wenn Bondarew damals mit seinem Begehrt also scheiterte - eine erste kommunalpolitische Duftmarke, die in der Stadt durchaus wahrgenommen wurde, hatte er damit gesetzt.